

Landtag Rheinland-Pfalz
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/2

2. Sitzung

Montag, den 21. Mai 2001

Mainz, Deutschhaus

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten23

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Frau Klaudia Martini, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlte:

Der Abgeordnete Johannes Berg.

Rednerverzeichnis:

Beck, Ministerpräsident:	23
Präsident Grimm:	23, 36

2. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 21. Mai 2001

Die Sitzung wird um 9:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die zweite Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schrifführenden Abgeordneten berufe ich Frau Beate Reich und Herrn Christian Baldauf. Frau Reich führt die Rednerliste.

Entschuldigt ist für heute der Abgeordnete Johannes Berg.

Ich freue mich, erstmals im Landtag neue Abgeordnete begrüßen zu können, und zwar Frank Puchtler, der für den ausgeschiedenen Abgeordneten Karl Peter Bruch nachgerückt ist, Ulrich Seiler, der für den ausgeschiedenen Abgeordneten Hendrik Hering nachgerückt ist, und Herrn Reinhold Hohn, der für den ausgeschiedenen Abgeordneten Günter Eymael nachgerückt ist. Außerdem hat Frau Friederike Ebli erneut das Mandat für den ausgeschiedenen Abgeordneten Roland Härtel angenommen. Herzlich willkommen und gute Zusammenarbeit!

(Beifall im Hause)

Mit besonderer Freude begrüße ich den Kollegen Erhard Lelle, der heute einen Schnapszahlgeburtstag feiert. Er wird 55 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Gibt es Bemerkungen oder Anträge zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Tagesordnung so fest.

Ich rufe den **einzigsten Punkt** der Ihnen vorliegenden Tagesordnung auf:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Hierzu erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Dies ist die erste Regierungserklärung in diesem hohen Hause nach der Jahrhundertwende, und wir sollten dies als ein sinnfälliges Zeichen begreifen. Vor uns liegen neue Herausforderungen, die tiefer gehen als die zahllosen Probleme, denen die Politik im Laufe der Jahre immer wieder begegnet, Herausforderungen, die uns allen

neues Denken und Mut zu entschlossenem Handeln abverlangen werden.

Wir treten diesen Herausforderungen nicht mit leeren Händen und unbedarftem Sinn entgegen. Wir können und müssen an die Lehren und Erfahrungen anknüpfen, die wir in den vergangenen Jahren, in der langen und erfolgreichen Entwicklungsgeschichte unseres Landes Rheinland-Pfalz, gesammelt haben. Wir sind uns **bewusst**, dass wir Neuland betreten, aber wir machen uns voller Zuversicht auf den Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Zuversicht beziehen wir nicht zuletzt aus dem breiten Vertrauensvotum, mit dem die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz am 25. März dieses Jahres das Regierungsbündnis aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten im Amt bestätigt und zugleich mit einem Mandat zur Fortsetzung ihrer gemeinsamen Regierungsarbeit versehen haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dieser Regierungsauftrag ist uns nunmehr zum dritten Mal in Folge erteilt worden, und ich darf – Sie werden das wohl verstehen – durchaus mit Freude hinzufügen: Die Zustimmung zu dieser Landesregierung ist noch nie so breit und deutlich ausgefallen wie diesmal.

Wir alle wissen, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Deshalb gilt mein herzlicher Dank den Bürgerinnen und Bürgern, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben. Ich kann Ihnen allen von dieser Stelle aus versprechen, dass wir mit diesem Vertrauen pfleglich umgehen werden. Zugleich begreifen wir es als einen Auftrag, nicht mit dem bereits Erreichten zufrieden zu sein, sondern alles daranzusetzen, neuen Herausforderungen auch mit neuen Lösungen zu begegnen.

Ich wende mich aber ausdrücklich auch an die Bürgerinnen und Bürger im Lande, die uns nicht gewählt haben. Ich möchte für beide Parteien dieser Landesregierung erklären: Diese Regierung ist nicht nur ihren Wählern, sondern dem Wohle aller Menschen in unserem schönen Land Rheinland-Pfalz verpflichtet.

(Beifall der SPD und der FDP)

Mit diesem Bekenntnis möchte ich die beiden Fraktionen der Opposition hier im Landtag zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Ringen um bessere, zukunftsweisende Antworten auf die Fragen unserer Zeit einladen.

Wenn auch in den Wochen des Wahlkampfes scharfe und bisweilen auch unbedachte Worte gefallen sein mögen, so ist jetzt der Wahlkampf vorbei. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir uns ernsthaft an die Arbeit für die **nächsten** fünf Jahre machen. Lassen Sie uns gemeinsam in diesem hohen Hause um die besten Lösungen für unser Land ringen. Dies ist die angemessene Bühne dafür, und ich freue mich auf die zukünftigen Debatten nicht zuletzt auch deshalb, weil im neuen Landtag viele neue Gesichter und – ich bin überzeugt – damit auch neue und frische Ideen vertreten sind.

Diesen Aufruf zur Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes möchte ich auch neben den Fraktionen im Landtag auf alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Kräfte in Rheinland-Pfalz ausdehnen. Die Landesregierung legt größten Wert auf die Erfahrung, das Wissen und die wertenden Stellungnahmen, mit denen die Kirchen, die Gewerkschaften, die Wirtschaftsverbände, aber auch viele andere engagierte Gruppen die Landespolitik begleiten und anreichern. Gerade in Zeiten des Umbruchs und Aufbruchs sind wir alle auf wechselseitiges Lernen und offenen Umgang auch mit kritischen Stimmen angewiesen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Aufbruch in ein neues Zeitalter für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, den wir in diesen Jahren erleben, stellt viele Erfahrungen aus den letzten Jahrzehnten **in Frage**. Die Faustregeln von gestern sind eben nicht immer hilfreich bei der Aufgabenlösung von heute und für morgen.

Gleichwohl ist die Landespolitik auf klare Vorgaben, auf ein anstrengenswertes Ziel und auf tragende Werte angewiesen, die den vielen einzelnen politischen Entscheidungen und Maßnahmen Sinn und Richtung geben. Ich sehe in all den vielen Diskussionen drei Leitgedanken, an denen diese Landesregierung ihre Politik über den einzelnen Tag hinaus orientieren will.

Wir brauchen eine neue und umfassende Bereitschaft zur Mobilität und zum Lernen.

Wir brauchen einen wachen Sinn für Sicherheit und Gerechtigkeit.

Schließlich brauchen wir ein lebendiges **Bewusstsein** für unsere Verankerung in einem die vertrauten Grenzen überwindenden Europa.

Die von mir geführte Landesregierung bekennt sich sehr eindeutig zu diesen drei Leitgedanken von Modernisierung, Sicherheit und Europabezogenheit. In ihrem wechselseitigen Bezug werden sie zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft führen.

Diese Leitgedanken schließen auch ein Bekenntnis zum Grundsatz der Nachhaltigkeit ein, der die Verknüpfung der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Wohlfahrt mit dem dauerhaften Schutz der Lebensgrundlagen zum Ziel hat und notwendigerweise auf internationale Zusammenarbeit verweist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch Rheinland-Pfalz als ein Land mit reichen und tief verwurzelten Traditionen hat in den letzten Jahren auf nahezu allen Feldern die Notwendigkeit erfahren, mit neuen Herausforderungen fertig zu werden und überkommene Strukturen in umfassender Weise zu modernisieren.

Nun gibt es seit einiger Zeit eine aufgeregte Debatte über die Chancen und Risiken, über richtige und falsche Modernisierung. Ich möchte auf diese Debatte nicht im Einzelnen eingehen, sondern nur in aller Klarheit auf

zwei unabdingbare Notwendigkeiten hinweisen, auf die auch die Landespolitik reagieren muss.

Wenn wir die Aufgaben von morgen lösen wollen, müssen wir Mobilität und Lernbereitschaft stärker kultivieren, als wir dies bislang getan haben. Gesteigerte Mobilität und Lernbereitschaft werden sich in allen Lebens- und Arbeitsbereichen bemerkbar machen.

Die Bereitschaft und Fähigkeit, neue berufliche Wege einzuschlagen, gehört ebenso dazu wie die Bereitschaft, immer wieder veraltete Kenntnisse aufzufrischen und sich neue Wissensbereiche zu erschließen.

Dies gilt gleichermaßen für die Absolventin eines Hochschulstudiums wie auch für den Gesellen in einem Handwerksbetrieb, für den Manager eines Exportunternehmens wie für die Frauen, die nach einigen Jahren der Kinderbetreuung wieder ins Berufsleben einsteigen wollen.

Aus dieser Vorrangigkeit von Mobilität und Lernbereitschaft ergeben sich auch neue Erwartungen an die Politik, gerade auch an die Landespolitik. Sie wird sich in Zukunft immer auch daran messen lassen müssen, ob und wie es ihr gelingt, den Menschen neue Mobilitäts- und Bildungschancen zu eröffnen.

Es reicht für die Politik nicht mehr, das altbekannte Stück vom Vater Staat zu geben, der von oben herab für Ordnung und Wohlfahrt sorgt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Heute brauchen wir einen Staat, der selbst bereit ist, dazulernen und seine Hauptaufgabe darin sieht, im Dialog mit seinen Bürgerinnen und Bürgern nach besseren Wegen zu neuem Wissen und Chancen zu suchen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, allerdings ist es mit noch so wohl gemeinten Modernisierungsstrategien allein nicht getan. Wir alle in diesem hohen Hause wissen, dass der Aufbruch zu neuen Ufern nicht nur freudige Erwartungen, sondern bisweilen auch Skepsis und Ängste auslösen kann.

Deshalb wird diese Landesregierung ihre Politik einer umfassenden Modernisierung immer auch durch eine Politik ergänzen, die sich den Geboten von Gerechtigkeit und Sicherheit verpflichtet fühlt. Neben die Ermunterung für die Starken muss auch die Solidarität für die Schwachen treten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dabei möchte ich Gerechtigkeit und Sicherheit durchaus in einem weiten Sinne verstanden sehen. Sicherheit bedeutet dann einerseits in einem sehr handfesten und traditionellen Verständnis Schutz im Alltag vor Verbrechen, allerdings auch Schutz in sozialen Notlagen, bei Krankheit und im Alter. Sicherheit muss aber in Zukunft auch darauf ausgerichtet sein, dass die Bürgerinnen und Bürger durch staatliche Hilfen dazu ermuntert werden, selbst aktiv zu werden und immer wieder den Anschluss

an die Arbeitswelt oder andere Formen des Gemeinschaftslebens zu finden.

Bisweilen wird in der öffentlichen Diskussion der Eindruck erweckt, Modernisierung und Sicherheit seien Gegensätze. Ich halte dies für falsch. Dies ist eine fahrlässige Verunsicherung vieler Menschen. Das Gegenteil ist nach meiner Überzeugung richtig: Modernisierung und Sicherheit gehören untrennbar zusammen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Eine umfassende Modernisierung, die die Gesellschaft nicht in Gewinner und Verlierer spaltet, ist nur dann möglich, wenn die Bürgerinnen und Bürger den Herausforderungen der Zukunft mit dem Gefühl entgegen treten können, in Notlagen auf den Schutz des Staates und die Solidarität der Gesellschaft bauen zu können.

Neben dem Leitgedanken der Modernisierung und der Sicherheit wird sich die Politik der Landesregierung für die kommenden Jahre am Leitbild eines zusammenwachsenden Europas orientieren. Wir befinden uns seit dem Gipfel von Nizza für die kommenden Jahre in einer entscheidenden Diskussionsphase über die zukünftige verfassungsmäßige Ausgestaltung Europas. Dies ist ein Vorhaben von wahrhaft historischer Dimension, und wir wollen unter anderem im Rahmen des Ausschusses der Regionen zu diesem Vorhaben unseren Beitrag leisten.

Gerade Rheinland-Pfalz mit seiner Lage mitten in Europa und vor dem Hintergrund einer engen, historisch gewachsenen Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn ist besonders aufgerufen, im Reigen der europäischen Regionen an einer friedlichen Zukunft in Europa im Interesse aller mitzuarbeiten.

Die Erfahrung guter Nachbarschaft ist für uns nicht nur eine Erfahrung auf der Ebene staatlicher Kontakte. Unzählige Begegnungen über vormals trennende Grenzen finden jeden Tag mit großer Selbstverständlichkeit statt. Ich sehe darin ein wichtiges europäisches **Zukunftspotenzial**, das wir sorgfältig pflegen, vermehren und einsetzen wollen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Alle drei Leitgedanken – Modernisierung, Sicherheit und europäische Ausrichtung – sind in der politischen Wirklichkeit unserer Tage aufeinander bezogen. Es ist die Aufgabe einer vorausschauenden Politik, diese Leitgedanken nicht gegeneinander auszuspielen, sondern auf allen Feldern der Landespolitik danach zu streben, diese übergeordneten Ziele gleichzeitig zu verfolgen und daraus zusätzliche Dynamik und Kraft zu gewinnen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeiten der beiden Verhandlungsdelegationen von SPD und FDP haben in den hinter uns liegenden Wochen in vertrauensvoller Atmosphäre ein gemeinsames Arbeitsprogramm für die kommende Legislaturperiode erbracht, das den Herausforderungen, die ich soeben skizziert habe, wie wir sicher sind, in verantwortungsvoller Weise Rechnung trägt.

Die Koalitionsvereinbarung liegt der Öffentlichkeit vor. Sie enthält in insgesamt 24 Abschnitten für alle Bereiche der Landespolitik hunderte von großen und kleinen politischen Vorhaben. Ich kann Ihnen versichern: Schon ein kurzer Blick zeigt, dass die Landesregierung auch in ihrer dritten gemeinsamen Legislaturperiode mit ungebrochenem Arbeitseifer ans Werk gehen wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir sind überzeugt: Wer die Zukunft meistern will, muss fleißig sein. – Ich verspreche Ihnen: Wir werden uns in puncto Fleiß von niemandem übertreffen lassen.

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht die Zahl der einzelnen Vorhaben zum Maßstab für eine zukunftsweisende Landespolitik machen, sondern es kommt darauf an, dass die einzelnen politischen Maßnahmen in die richtige Richtung gehen und sie in sich die Orientierung an den von mir soeben umrissenen Zielen erkennen lassen.

Ich möchte Ihnen deshalb nicht alle Einzelvorhaben vortragen, sondern die Grundlinien unserer Politik für die kommenden Jahre auf sechs zentralen Feldern anhand herausragender politischer Vorhaben darstellen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, kein Bereich ist im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft bedeutender als das Feld von Bildung und Wissenschaft. Hier werden sowohl für den Einzelnen als auch für die Entwicklung unseres Landes insgesamt entscheidende Weichen gestellt. In einer Wissensgesellschaft ist die stete Bereitschaft und Fähigkeit, Neues zu lernen und in den Alltag einfließen zu lassen, von zentraler Bedeutung.

Schließlich müssen wir uns auch für das zusammenwachsende Europa im Bildungs- und Wissenschaftsbereich vorbereiten. Die Einheit Europas wurzelt in den Köpfen der Menschen. Sie setzt Vernunft und Wissen voraus. Sie ist ein wahrhaft aufklärerisches Projekt.

Aus all diesen Gründen macht die Landesregierung – wie schon in den zurückliegenden Jahren – den Bildungs- und Wissenschaftsbereich zu einem Schwerpunkt ihres Handelns.

Gute Schule machen heißt vor allem, guten Unterricht anbieten. Deshalb ist und bleibt die Sicherung der Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau eine der Hauptaufgaben der Schulpolitik, die wir mit mehreren Maßnahmen angehen und der wir entsprechend nachkommen wollen.

Um den im nächsten Schuljahr noch zu erwartenden Anstieg der Schülerzahlen zu bewältigen, stehen hundert zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung. In den Grundschulen sollen zusätzliche so genannte „Feuerwehr-Lehrer“ eingesetzt werden, um Unterrichtsausfall zu vermeiden.

(Keller, CDU: Das war aber Zeit)

Wir werden in Zukunft neue, flexible Instrumente einführen, wie zum Beispiel ein eigenes Budget der Schulen für die Einstellung von Vertretungskräften. Dafür sind pro Jahr 30 Millionen DM eingeplant.

(Beifall der SPD und der FDP)

Auf diese Weise wollen wir den Schulen vor Ort die Möglichkeit geben, schnell auf Unterrichtsausfall zu reagieren. Auch sollen die Schulen in Zukunft bei der Einstellung von Lehrern mehr beteiligt werden.

Insgesamt werden wir den Lehrerberuf attraktiver machen. Eine höhere Besoldung von Lehramtsanwärtern und Studienreferendaren, ein Quereinsteigerprogramm, die Anhebung der Dreiviertel-Angestelltenstellen auf volle Beamtenstellen sowie eine Modernisierung der Lehrerausbildung werden Zug um Zug die Situation unserer Lehrerinnen und Lehrer und damit auch die Qualität des Unterrichts insgesamt verbessern.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ein besonderes Augenmerk werden wir, wie auch in der Vergangenheit, auf die Weiterentwicklung von Multimedia in den Schulen und in der Lehrerfortbildung legen.

Mit dem Aufbau eines Ganztagsangebots für alle Schularten werden wir in Rheinland-Pfalz ein bundesweit einmaliges bildungs- und familienpolitisches Zeichen setzen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Schon jetzt – darüber sind wir froh – beeinflusst diese Diskussion die Orientierung in unserem Land, aber auch die Diskussion in anderen Bundesländern, maßgeblich. Dieses Ganztagsangebot soll regional ausgewogen und bedarfsgerecht zunächst an rund 300 Schulen realisiert werden. Dafür werden wir rund 1.000 zusätzliche Lehrer und pädagogische Fachkräfte einstellen. Die neuen Ganztagsschulen sind ein Angebot an die Eltern und Kinder. Es wird ihr freier Entschluss sein, dieses Angebot zu nutzen.

In der mittelfristigen Finanzplanung sind dafür 30 Millionen DM im Jahr 2002, 70 Millionen DM im Jahr 2003, 100 Millionen DM im Jahr 2004 und jeweils 120 Millionen DM ab dem Jahr 2005 vorgesehen. Mit anderen Worten: Wir werden diesen Quantensprung in der Schulpolitik solide finanzieren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Beispiel der Ganztagschule zeigt, dass wir mit unserer Politik die bisherigen Schablonen im Denken überwinden und neue Wege gehen. Die Schule der Zukunft ist nicht nur eine bildungspolitische, sondern zugleich auch eine frauen-, familien-, kultur- und arbeitsmarktpolitische Größe.

Neben der Ausbildung der Kinder schafft sie zugleich Entfaltungs- und Berufschancen für die Familien, für Frauen und Männer, die Kinder und Beruf haben wollen, und sie eröffnet auch neue pädagogische Möglichkeiten.

Das neue Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend eröffnet die Chance, diese zentrale gesellschaftspolitische Forderung unter dem Dach eines Ressorts zu gestalten.

Ich möchte deshalb alle – Eltern, Lehrer und Schüler – aufrufen: Helfen Sie mit, dass dieses Modell ein Erfolg wird, und nutzen Sie die Chancen, die es allen Beteiligten bietet!

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine gute Schulpolitik muss darauf bedacht sein, die Kinder gemäß ihren Begabungen zu fördern und ihnen für ihren späteren Lebensweg eine solide Grundlage zu schaffen. Hier werden wir wie bisher die schon eingeleiteten Schritte weiterentwickeln und ausbauen. Dazu gehört der Ausbau des Fremdsprachenunterrichts an allen Schularten sowie die Stärkung der Naturwissenschaften.

Damit kommen wir den Anforderungen der weltweit vernetzten Wirtschaft nach. Zugleich bereiten wir unsere Jugendlichen auf eine immer intensiver werdende Zusammenarbeit im vereinten Europa vor.

Besonderes Augenmerk gilt unseren Hochbegabten. Neben den bisherigen bewährten Förderungen werden wir ein System zur Hochbegabtenförderung an den drei Hochschulstandorten Mainz, Kaiserslautern und Trier aufbauen, das wir mit den drei an diesen Standorten vorgesehenen internationalen Schulen verbinden werden. Auf diese Weise wird schon im Ansatz die Öffnung und Hinwendung zum internationalen Wissens- und Kulturaustausch deutlich, den eine zeitgemäße Bildungspolitik haben muss.

(Beifall der SPD und der FDP)

Unser erfolgreiches Schulwesen setzt sich in einer vielfältigen und attraktiven Hochschullandschaft fort. Die Entwicklung der staatlichen Universitäten Mainz, Kaiserslautern, Trier und Koblenz-Landau sowie die Fachhochschulen auf allen entscheidenden Feldern voranzubringen, wird auch in den kommenden Jahren ein zentrales Anliegen der Landesregierung bleiben.

Hier sind viele einzelne Schritte geplant, die in ihrer Summe zur Verbesserung der Forschungsleistungen, des internationalen Austauschs und Wissenstransfers und zu einer fortlaufend hochwertigen Ausbildung unserer Studenten führen.

Ich nenne nur die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen, ein Feld, auf dem Rheinland-Pfalz bereits bundesweit führend ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zu diesen Anstrengungen gehören auch die Anpassung von Studienangeboten und Studienabschlüssen an die internationalen Standards, die Stärkung des Praxisbezugs durch berufsintegrierende Studiengänge und die Förderung von Frauen im wissenschaftlichen, vor allem naturwissenschaftlichen Bereich.

Des Weiteren wird die Landesregierung ein gebührenfreies Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und bei konsekutiven Studiengängen bis zum zweiten berufsqualifizierenden Abschluss sichern.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Hört! Hört!)

Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit der Forschung unseres Landes steigern. Zur Profilierung der Forschungslandschaft in Rheinland-Pfalz wollen wir deshalb die Kompetenzzentren der Hochschulen weiter ausbauen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch besser mit den Hochschulen vernetzen.

Um die Forschungsleistungen der Hochschulen möglichst schnell und umfassend für die Gesellschaft nutzbar zu machen, werden wir die „Stiftung Innovation“ dem Wissenschaftsministerium zuordnen, damit wichtige Steuerungsimpulse unmittelbar erfolgen können.

Verehrte Damen und Herren, eine moderne Gesellschaft muss stetig eine lernende Gesellschaft sein. Einmal erworbenes Wissen reicht nicht mehr für ein ganzes Arbeits- und Berufsleben. Deshalb werden wir systematisch unsere Weiterbildungsanstrengungen auf allen Ebenen ausbauen. Ein neu errichteter „Sachverständigenrat Weiterbildung in Rheinland-Pfalz“ wird diese Aufgabe begleiten und Initiativen zur zukünftigen Ausgestaltung des Weiterbildungsangebots einbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern sie sind in ein geistiges Umfeld aus Geschichtsbewusstsein, gesellschaftlicher Verantwortung und Kulturleben eingelagert. Auf allen drei Gebieten werden wir die erfolgreichen Initiativen der letzten Jahre fortsetzen und systematisch ausbauen.

So werden wir eine Stiftung „Gedenkstätten Rheinland-Pfalz“ errichten, um die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung zu unterstützen und das Geschichtsbewusstsein gerade auch der jüngeren Generation lebendig zu halten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte an diese Stelle ein ausdrückliches Danke an diejenigen sagen, die bisher diese Arbeit, insbesondere auch die Gedenkstättenarbeit, geleistet haben, und bitte um ihr weiteres Mitwirken.

Die politische Bildungsarbeit soll im Übrigen nach dem Wunsch der Koalitionspartner durch die Arbeit einer Enquete-Kommission des Landtags angereichert und neu ausgerichtet werden. Die Kommission soll sich mit der wachsenden Distanz vieler Jugendlicher gegenüber der Politik befassen und Gegenstrategien entwickeln.

Diese Anstrengungen werden durch unsere erfolgreiche Kulturpolitik ergänzt, in der auf den Feldern der Musik, der Literatur, der Bildenden Kunst und des Theaters zugleich auch die Kultur des Zusammenlebens und des Umgangs mit Traditionen und Werten gepflegt und gelernt wird.

Hier hat die Landesregierung in den zurückliegenden Jahren wertvolle Fundamente gelegt, auf die wir aufbauen können. Allen voran sei der Kultursommer genannt. Wie kaum eine andere Einrichtung hat der Kultursommer als „Bürgerinitiative für Kultur“ das Wir-Gefühl im Land gestärkt.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Mittelrheintal und seiner Anerkennung als Weltkulturerbe der UNESCO und der großen Konstantin-Ausstellung in Trier. Diese beiden wichtigen kulturpolitischen Vorhaben sind zugleich auch von großer Bedeutung für die Entwicklung des Tourismus an Rhein und Mosel, und sie belegen eine erfolgreiche Verquickung verschiedener Politikfelder.

(Beifall der SPD und der FDP)

Auch der Limes als wichtiges Zeugnis der römischen Vergangenheit soll in seiner kulturhistorischen Bedeutung herausgestellt und besser vermarktet werden.

Verehrte Damen und Herren, die Wissensgesellschaft ist immer noch auch eine Arbeitsgesellschaft. Aus diesem Grund hat die Landesregierung der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und der Unterstützung unserer Wirtschaftsunternehmen – insbesondere der großen Zahl mittelständischer Betriebe – eine überragende Priorität eingeräumt.

Durch die engagierte Arbeit vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, freiberuflich und selbstständig tätiger Menschen und durch die vertrauensvolle Kooperation aller, die am Wirtschaftsleben teilnehmen, so auch am ovalen Tisch, ist es uns in den letzten Jahren gelungen, zu den Bundesländern mit der niedrigsten Arbeitslosenquote zu gehören.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir rangieren zugleich – das ist die andere Seite der Medaille – auch nach der EU-Statistik auf einem Spitzenplatz unter den europäischen Hightechregionen.

Wir werden uns auf diesen Lorbeeren natürlich nicht ausruhen, sondern mit aller Kraft und Beharrlichkeit daran weiterarbeiten, diese Spitzenpositionen noch zu verbessern.

In ihnen kommen auch zugleich unsere wirtschaftspolitischen Ziele zum Ausdruck: Wir wollen allen, die es können, zur Teilhabe am Arbeitsleben verhelfen, und wir wollen eine Modernisierung unserer Wirtschaft mit menschlichem Antlitz, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht Furcht, sondern Zuversicht einflößt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Eine phantasievolle und flexible Arbeitsmarktpolitik soll allen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern Anschluss an das Arbeitsleben bieten; denn nach wie vor ist eine Eingliederung in das Arbeitsleben der entscheidende Faktor für die gesellschaftliche Anerken-

nung, aber auch für das Selbstwertgefühl der meisten Menschen.

Dieser Respekt vor der Arbeit rückt all die Programme in den Vordergrund, die Menschen unterschiedlicher Qualifikationsstufen in den Arbeitsmarkt integrieren. Dabei gilt: Der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist der Ausbau der Qualifikation.

Die Landesregierung hat in den beiden zurückliegenden Jahren über 200 Millionen DM für gezielte Programme im Bereich der zukunftsorientierten Qualifikationen für den Arbeitsmarkt bereitgestellt. Diese Anstrengungen haben zum Erfolg geführt. Allein dadurch wurden rund 20.000 Arbeitsplätze gesichert. Deshalb werden wir diesen Ansatz fortführen.

Es gilt aber auch: Arbeit muss sich lohnen. – Wer arbeitet, soll auch von einfachen Tätigkeiten mehr haben als von der Sozialhilfe und sich zu weiteren Qualifikationen angespornt fühlen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden vor diesem Hintergrund die bereits laufenden, bundesweit viel beachteten Modelle zur Eingliederung in die Arbeitswelt, wie zum Beispiel das „Mainzer Modell“ und „Arbeit statt Sozialhilfe“ weiterentwickeln. Als zusätzliches Modell werden wir für den immer wichtigeren Dienstleistungsbereich in Zusammenarbeit auch mit privatwirtschaftlichen Partnern Dienstleistungsagenturen zur Förderung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Privathaushalten einrichten.

Unsere Arbeitsmarktpolitik richtet ihr besonderes Augenmerk auf die Beschäftigungsförderung und Beschäftigungssicherung von Frauen. Deshalb werden wir das arbeitsmarktpolitische Programm und die Beschäftigungsprojekte für Frauen fortführen und besonders für Alleinerziehende ausbauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf der Suche nach neuen Wegen in die Arbeitsgesellschaft möchten wir – wie schon auf dem Feld der Jugendpolitik – die Erfahrungen und Anstöße des Parlaments nutzen. Deshalb werden die beiden Koalitionsfraktionen in dieser Legislaturperiode eine Enquete-Kommission zur „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz im neuen Jahrhundert“ beantragen. Die Mitarbeit von Wissenschaft und Sozialpartnern ist aus Sicht der Landesregierung eine Chance, die Erfahrungen und Interessen der Beteiligten einzubringen. Selbstverständlich werden wir uns als Landesregierung sehr gern in diese Arbeit einbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all diese Bausteine einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir in fortlaufendem und konstruktivem Dialog mit den Unternehmen und Betrieben unseres Landes fortsetzen und weiter entwickeln.

Rheinland-Pfalz ist ein Land des Mittelstands. Von den rund 145.000 gewerblichen Unternehmen gehören über 99 % zum Mittelstand. Auf sie entfallen 60 % der Umsätze in der Wirtschaft. Sie stellen auch 90 % der Ausbildungsplätze im Land, und schließlich beschäftigen sie mehr als 80 % der sozialversicherungspflichtig beschäf-

tigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz.

Für diese mittelständischen Unternehmen werden wir systematisch bessere Rahmenbedingungen schaffen, indem wir ihnen helfen, ihre technologische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und leichter Zugang, wo nötig, zu „venture-capital“ zu finden. Wir werden weiterhin Existenzgründungen fördern und auch die Übernahme bei der Unternehmensnachfolge unterstützen.

F flankiert werden alle diese Maßnahmen durch eine zielstrebige Fortsetzung unserer Konversionspolitik, die in der Bundesrepublik beispielhafte Umwandlungen von militärischer hin zu ziviler Nutzung hervorgebracht hat.

Ich erwähne nur den Flugplatz Hahn, den Flugplatz Zweibrücken, den PRE-Park in Kaiserslauten sowie den Industrie- und Gewerbehof auf dem Flugplatz in Bitburg oder den Umweltcampus Birkenfeld. Diese Vorzeigeprojekte werden wir durch Schwerpunktprojekte unter anderem in Pirmasens, Pfedersfeld und Trier ergänzen.

Darüber hinaus werden wir die Zukunftsorientierung unserer Betriebe auch durch neue Impulse im Bereich der beruflichen Ausbildung stärken. Dabei hat die berufliche Bildung im Dualen System für uns nach wie vor höchste Priorität. Sie wird durch Sonderprogramme und überbetriebliche Ausbildungsstätten angereichert.

Mit Hilfe modularer Ausbildungsgänge wollen wir auch für leistungsschwächere Jugendliche eine qualifizierte Ausbildung und damit einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Bei entsprechender Fähigkeit wird dabei sichergestellt, dass der Gesellenbrief als Anspruch der Auszubildenden erreicht werden kann.

Aber auch besonders leistungsstarke Jugendliche sollen – auf dem Gesellenbrief aufbauend – zusätzliche Möglichkeiten zur Qualifikation erhalten.

Auch dieses Beispiel belegt die veränderte Rolle des Staates als ermöglichender, als aktivierender Staat, und sie zeigt, wie verschiedene Politikfelder ineinander greifen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Nachhaltigkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung wird wesentlich von einer gesicherten und umweltverträglichen Energieversorgung abhängen. Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahren bereits entscheidende Weichenstellungen vorgenommen, die wir nun systematisch weiterentwickeln wollen.

Hierzu zählt eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur effizienteren Energienutzung. Dies reicht von der konsequenten Nutzung von Einsparungspotenzialen in der energetischen Gebäudesanierung über den systematischen Einsatz regenerativer Energien – insbesondere durch die Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes, den unser Land Rheinland-Pfalz zur Verfügung hat, nämlich das Holz, in einem

Land, dessen Fläche zu fast 42 % mit Wald bedeckt ist – bis hin zur Förderung von Fotovoltaik-Anlagen auf Schulen und Kindergärten und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Dabei wird die Landesregierung auch weiterhin davon ausgehen, dass Umweltverträglichkeit und wirtschaftlich-technologischer Fortschritt nicht im Gegensatz zueinander stehen. Vielmehr hat sich im vergangenen Jahrzehnt eindeutig gezeigt, dass Umwelttechnologie und umweltschonende Produktionsformen zu den Faktoren gehören, die den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz in besonderem Maß begünstigen und Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir werden deshalb unseren Beitrag leisten, damit unser Land in immer stärkerem Maß zum Exporteur moderner Energietechnologien wird.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie eine nachhaltige Energieversorgung so gehört auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu den großen Zukunftsherausforderungen, denen wir uns stellen. Mobilität ist – ähnlich wie Bildung und Qualifikation – eine Schlüsselressource im Prozess der Modernisierung. Dies gilt für jede und jeden Einzelnen, aber auch für die Wirtschaft insgesamt. Nicht zuletzt ist gesteigerte Mobilität auch eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Integration unseres Landes in den größeren europäischen Kontext.

Aus all diesen Gründen bildet eine konzertierte Mobilitätsoffensive einen zentralen Pfeiler in unserem landespolitischen Zukunftsprogramm. Wir werden eine Mobilitätsoffensive mit dem Ziel einer nachhaltigen und funktionsfähigen Erhaltung des Landesstraßennetzes und eines bedarfsgerechten Ausbaus starten. Zusätzlich zu dem bisherigen Straßenbauvolumen werden wir ein Investitionsprogramm mit einem Finanzvolumen von 1 Milliarde DM im Rahmen der kommenden fünf Jahre auflegen.

Diese Mobilitätsoffensive wird von der Gründung eines Landesbetriebs „Straßen und Verkehr“ flankiert. Dieser Landesbetrieb wird die Planung und den Bau der für Rheinland-Pfalz erforderlichen neuen Verkehrswege voranbringen und koordinieren.

Über den Bereich des Straßenwesens hinaus werden in den nächsten Jahren aber auch alle anderen Bereiche des Verkehrswesens neue Impulse erhalten: der Schienenverkehr, der Verkehr auf den Wasserwegen und der Luftverkehr.

Im Schienenverkehr wird die Landesregierung neben der Weiterentwicklung der Nahverkehrsangebote im Rheinland-Pfalz-Takt die Einbindung unseres Landes in die nationalen und internationalen Schienenverbindungen weiter betreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dies ist auch Gelegenheit, eine Anerkennung an all diejenigen auszusprechen, die die Entwicklung des Rheinland-Pfalz-Taktes an den heutigen Stand gebracht haben. Es

ist ein äußerst erfolgreiches Modell, in Deutschland beispielhaft.

(Beifall der SPD und der FDP)

Beim Ausbau der Schienenverbindungen wollen wir die Einbeziehung des Oberzentrums Koblenz in die Rhein-Strecke auch nach der Fertigstellung der Neubaustrecke Köln – Rhein-Main in den Schienenverkehr sicherstellen.

Unser besonderes Interesse gilt auch der Schienenschnellverbindung Mannheim/Ludwigshafen – Paris mit den Haltepunkten in Kaiserslautern und in Neustadt an der Weinstraße.

Die rheinland-pfälzischen Häfen sind ideale Standorte für Güterverkehrszentren als Schnittstellen zwischen Straße, Wasserstraße und Schiene. Wir werden den Ausbau der Güterverkehrszentren in Koblenz und in Trier und die Einrichtung weiterer Zentren in Mainz/Bingen, in Ludwigshafen/Germersheim und in Wörth vorrangig fördern.

Das Konversionsprogramm und -projekt Hahn hat sich in hervorragender Weise entwickelt. Wir wollen seine Erschließung verbessern. Deshalb hat die verkehrliche Anbindung der Straße und Schiene besonderen Vorrang. Wir werden die Flughafenanlagen auf dem Hahn im Hinblick auf dessen Funktion im Rahmen eines künftigen Flughafensystems Frankfurt/Hahn ausbauen.

Für unser Land ist auch der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens wichtig. Dabei müssen die Einhaltung der Umweltstandards und die Interessenlage der Bevölkerung, insbesondere in Rheinhessen und speziell hier in Mainz, beachtet werden. Wir werden mit allen politischen und rechtlichen Mitteln für ein striktes Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen eintreten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der modernen Wissensgesellschaft bilden die Medien und die ihnen zugrunde liegenden Informationstechnologien gleichermaßen ein unverzichtbares Element der Infrastruktur wie auch einen schnell wachsenden Wirtschafts- und Beschäftigungssektor. Rheinland-Pfalz ist in diesem Sinne ein starkes Medienland mit Tradition und Zukunft. Auf dieser Grundlage wollen wir die Chance, die in der Nutzung von Medien und der modernen Informationstechnologie liegt, auf allen Bereichen und für alle Systeme verbessern.

Gerade auf dem Gebiet von modernen Medien und Informationstechnologien gilt jedoch, dass eine sorgfältige Balance zwischen dem technisch Möglichen einerseits und dem ethisch-moralisch Notwendigen und Unverzichtbaren andererseits gefunden und bewahrt wird. Wir brauchen ein Wertegerüst und ethische Leitlinien, um eine hinsichtlich der ökonomischen und auch moralischen Konsequenzen verantwortungsvolle Entwicklung der Medien zu gewährleisten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Auf allen diesen medienrechtlichen und medienpolitischen Feldern wird Rheinland-Pfalz in seiner Tradition als medienpolitisches Führungsland unter den deutschen Bundesländern eine bestimmende Rolle spielen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen, die sich in der modernen, international vernetzten Wissens- und Arbeitsgesellschaft vor den Menschen auftürmen, werden vor allem dann als zukunftssträchtige Chancen begriffen, wenn der Modernisierungsprozess zugleich auch durch Sicherungssysteme abgestützt und begleitet wird, die den Menschen ihre Skepsis nehmen und Sicherheit im Umgang mit dem Neuen verleihen.

Die Landesregierung steht seit über einem Jahrzehnt für eine breit angelegte Politik, die in diesem Sinne Sicherheit schafft und zugleich ermutigt, mit Zuversicht in den Arbeitsalltag einzutreten. Wir werden auch weiterhin das Ziel verfolgen, diese solidarische Hilfe und Ermutigung quer über alle Ressortgrenzen als ganzheitliche Aufgabe anzulegen.

Unser Programm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ ist weit über die Landesgrenzen hinweg ein Erkennungszeichen unserer Politik geworden. Es ist beispielhaft für die ganze Breite und die zahlreichen Facetten der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Damit haben wir eine Richtschnur in die öffentliche Debatte eingebracht, auf die sich nicht nur die Ressorts der Landesregierung, sondern auch alle anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen festlegen können.

Auf dieser soliden, in vielerlei Hinsicht beispielhaften Grundlage der letzten beiden Legislaturperioden können und wollen wir gut aufbauen. Nachdem wir als erstes Bundesland Kindergartenplätze für alle Kinder angeboten haben, gehen wir nun daran, die Kindertagesbetreuung mit der Umwandlung von mehr Teilzeitplätzen in Ganztagsplätze weiterzuentwickeln.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen auf Wunsch der Eltern eine ausgeweitete Über-Mittag-Betreuung, bei der die Kinder auch ein Mittagessen bekommen. Wir werden – ebenfalls auf Wunsch der Eltern – mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren und auch für Schulkinder schaffen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zusätzlich soll ein zwischen allen beteiligten Ressorts abgestimmtes Schwerpunktprogramm für „Kinder in sozialen Brennpunkten“ aufgelegt werden. Damit leisten wir – neben den sonstigen staatlichen Hilfen – einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Armut gerade auch unter denen, die unsere Solidarität am meisten verdienen, nämlich den Kindern und den Jugendlichen. Die Ergebnisse des Sonderprogramms Kindergeldzuschlag sind ein wichtiger Beitrag zum Ausstieg von Familien aus der Sozialhilfe. Auch dies wollen wir konsequent weiter fortsetzen.

Mit all diesen Schritten wird Rheinland-Pfalz weiter an der Spitze bei der Kindertagesbetreuung in Deutschland bleiben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, an dieser Stelle auf ein zusätzliches neues Element im Verhältnis von Staat und Bürgern aufmerksam zu machen, das wir systematisch verstärken wollen. Ich spreche von dem eigenverantwortlichen, bürgerschaftlichen Engagement, mit dem seit einiger Zeit immer mehr staatliche Tätigkeitsfelder begleitet werden.

Dahinter steht ein Wandel in der Rolle des Bürgers und der Bürgerin vom Empfänger staatlicher Wohltaten hin zum selbstbewussten und teilhabeorientierten Partner der Politik. In diesem Sinne sind in den letzten Jahren unzählige ehrenamtliche und bürgerschaftliche Aktivitäten auf allen Feldern des Gemeinwesens entstanden, nicht zuletzt auch auf vielfältige Art und Weise im sozialen Bereich. Diesen Wandel hin zur selbstbewussten und selbstverantwortlichen Bürgerschaft begrüße und unterstütze ich ganz nachdrücklich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Deshalb ist es neben der sozialen Integration durch Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe und Jugendbildung auch ein vorrangiges Ziel unserer Jugendpolitik, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben und an den politischen Entscheidungen und Abläufen weiter zu verbessern. Wir wollen schon ganz früh unsere Kinder und Jugendlichen ermuntern, selbstbewusst, kritisch und engagiert ins öffentliche Leben einzugreifen.

Verehrte Damen und Herren, auch die Gleichstellung von Männern und Frauen ist, wie schon die Kinder- und Jugendpolitik, eine Querschnittsaufgabe der Politik. So wollen wir gemäß dem Ansatz des „Gender Mainstreamings“ auf allen Politikfeldern und bei allen Maßnahmen darauf achten, dass ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche und politische Strukturen Männern und Frauen tatsächlich gleiche Chancen bieten und Benachteiligungen gar nicht erst entstehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich darf an dieser Stelle auch nochmals ausdrücklich an politische Vorhaben wie die Ganztagschule oder das Eintreten für Teilzeitarbeitsplätze erinnern. Hier wie dort können wir den ganzheitlichen Ansatz einer guten Politik für Frauen und Männer erkennen.

Die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben und die Gleichberechtigung von Frauen am Arbeitsplatz gehören zusammen und erfordern gezielte Anstrengungen. Dazu gehört es auch, Vorbilder zu schaffen. Deshalb werden wir das Mentorinnen-Programm „Mehr Frauen in die Politik“ sowie ein Projekt fortführen, mit dem mehr junge Frauen und Mädchen für naturwissenschaftlich-technische Studiengänge und gewerblich-technische Zukunftsberufe motiviert werden.

Wiederum gilt, dass der Staat auf die freiwillige Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger baut. Das ehrenamtliche Engagement in Frauenhäusern, Notrufzentralen und anderen Einrichtungen, die Beratung und Hilfe für Frau-

en und Kinder anbieten, wird von uns ausdrücklich anerkannt und gewürdigt.

(Beifall der SPD, der FDP und des Abg.
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Kernbereich der Sicherheit zählt die Hilfe für ältere, behinderte und kranke Menschen. Diese Hilfe systematisch auszugestalten und zugleich mit einem selbstständigen und selbstbewussten Leben von alten, behinderten und kranken Menschen mitten in der Gesellschaft zu verbinden, bleibt ein zentrales Anliegen der Landesregierung.

Hier werden wir uns für entsprechende Wohn- und Lebensformen einsetzen und auf die Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren aufbauen.

Ein besonders schwerwiegendes Problem für die Jahre vor uns wird die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sein. Dies gilt ebenso für die Versorgung im Alter – hier sind wir mit der Rentenreform nicht zuletzt durch die Mitwirkung des Landes Rheinland-Pfalz große Stücke vorangekommen – wie auch für die Versorgung im Krankheitsfall.

Auch im Gesundheitswesen brauchen wir Reformen. Sie sollen die vier Ziele unserer Gesundheitspolitik – Qualität, Wirtschaftlichkeit, Solidarität und Subsidiarität – verwirklichen.

Dabei werden wir auf eine gute medizinische Versorgung in den ländlichen Gebieten in besonderer Weise achten sowie vor allem der Prävention von Krankheiten unsere Aufmerksamkeit widmen. Wie auf allen Bereichen der Sozialpolitik wollen wir auch hier die Rechte und die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Patientinnen und Patienten stärken.

Verehrte Damen und Herren, die Menschen haben Anspruch, in Würde zu sterben. Die aktuelle Diskussion um aktive Sterbehilfe fordert uns heraus. Ich sage in aller Deutlichkeit: Die aktive Sterbehilfe ist nicht unser Weg.

(Beifall bei SPD und FDP)

Rheinland-Pfalz setzt deshalb auf die vor allem ehrenamtlich getragene Hospizarbeit. Sie muss durch hauptamtliche Fachkräfte unterstützt werden. Eine einfühlsame und durch eine wirksame Schmerztherapie angereicherte Hospizarbeit ist unsere Antwort auf diese ethische Herausforderung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Deshalb werden wir unsere Bundesratsinitiative zur Förderung der ambulanten Hospizarbeit fortführen. Wir wollen eine Rechtsgrundlage schaffen, um die Hospizarbeit finanziell fördern zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, psychisch kranke Menschen brauchen in besonderer Weise unsere Unterstützung und Zuwendung. Das Ziel der gemeindenahen Psychiatrie – die gesellschaftliche Integration psychisch kranker Menschen – wird weiter verfolgt.

Dabei bedarf es insbesondere weiterer angemessener Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Menschen.

Unsere Aufgabe, die stationäre Versorgung kranker Menschen sicherzustellen, orientiert sich an den Maßstäben der Qualität, der Spezialisierung und der Bürgernähe. Die notwendige Fortschreibung des Krankenhauszielplans wird diesen Maßstäben gerecht werden. Damit wird eine optimale Gesundheitsversorgung mit dem Ziel der Beitragsstabilität verknüpft.

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete, das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und Geborgenheit bezieht sich vor allem auf ihre eigene Wohnung. Angemessenen Wohnraum für Familien, ältere Menschen, Behinderte und sozial Benachteiligte zu schaffen und zu erhalten, bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe der Landespolitik.

Besonderen Einfluss auf das Wohlbefinden hat aber selbstverständlich auch die gebaute Umwelt. Kultur und Qualität des Bauens und Wohnens sind tragender Bestandteil unseres Gemeinwesens. Um das Bauen in Rheinland-Pfalz auf hohem technischem und baukulturellem Niveau wettbewerbsfähig weiterzuentwickeln, ist ein Dialog aller am Bauen und der Bewirtschaftung von Gebäuden Beteiligten erforderlich.

Die Landesregierung wird zu diesem Zweck einen „Runden Tisch Baukultur“ einrichten, der ein rheinland-pfälzisches Programm „Baukultur“ im Sinne eines ganzheitlichen und nachhaltigen Bauens entwickeln wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, eine der großen Aufgaben in den kommenden Jahren wird die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien sein. Dies gilt für diejenigen, die entweder schon hierzulande leben oder in den nächsten Jahren zu uns kommen werden, gegebenenfalls auch aufgrund von neuen rechtlichen und politischen Entscheidungslagen.

Dafür angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen, ist zuallererst natürlich eine Aufgabe der Bundespolitik. So, wie Rheinland-Pfalz schon bei der Reform des Staatsbürgerrechts eine wichtige konstruktive Rolle gespielt hat, wird die Landesregierung auch die politische Diskussion um Zuwanderung und Integration nicht nur aufmerksam verfolgen, sondern auch konstruktiv mit eigenen Vorschlägen begleiten.

Darüber hinaus werden wir auf den Gebieten, in denen die Landespolitik gefragt ist, unseren höchstgelegenen Beitrag zur Integration vor allem auch der jüngeren Zuwanderer in unserem Land leisten. Hier wirkt insbesondere die Ausländerbeauftragte mit ihrer Arbeit unterstützend bei der Eingliederung von Zuwanderern mit. Diese verantwortungsvolle Arbeit wird fortgesetzt und im Licht der Entwicklung der integrationspolitischen Weichenstellungen und vor dem Hintergrund neuer Forschungserkenntnisse aktualisiert werden.

In jedem Fall werden wir anregen, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um eine Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auf Bürger aus Nicht-EU-Staaten,

die gemäß den Fristen für die Einbürgerung schon längere Zeit in Deutschland leben, zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie einladen, an dieser Initiative mitzuwirken, weil sie verfassungsändernde Mehrheiten voraussetzt.

Zugleich werden wir allen Formen der Ausländerhetze und der Fremdenfeindlichkeit konsequent und entschlossen entgegenzutreten und den guten Ruf des Landes als offene und tolerante Heimat für alle, die sich an den demokratischen Regeln und unseren Gesetzen orientieren, verteidigen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist im Übrigen auch mit Blick auf die Einigung Europas eine dringende Aufgabe. Die Europäische Union steht für die Öffnung der Grenzen und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft. Gleichwohl ist richtig: Viele Europäer – leider in besonderer Weise auch die Deutschen – haben Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Zuwanderern und Minderheiten. Sie fürchten um den sozialen Frieden und den Wohlstand.

In dieser Lage sind wir alle aufgerufen, nach Kräften aufzuklären, verantwortlich zu handeln, aber auch gegebenenfalls entschieden gegen dumpfe Ressentiments vorzugehen. Dies ist auch der Grund dafür, warum ich im letzten Sommer den Mainzer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit initiiert habe. Darin wird sehr deutlich gesagt, dass uns Angriffe auf unsere Nachbarn alle angehen. Hier dürfen Menschen nicht wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion diskriminiert, verfolgt, misshandelt oder gar getötet werden.

Wir sind alle aufgerufen, uns gegen Diskriminierung und Gewalt von rechts zu wehren sowie Zivilcourage im Alltag zu zeigen. Dies gilt in gleicher Weise auch für die Gewalt von links.

(Beifall bei SPD und FDP)

Bis heute haben mehr als 100.000 Personen diesen Aufruf unterschrieben. Dazu gehören viele Prominente. Die meisten der Unterzeichner sind jedoch „Normalbürger“: Angestellte, Hausfrauen, Studenten, Arbeiterinnen und Arbeiter und Rentnerinnen und Rentner. Die Unterstützung für den „Mainzer Appell“ verdeutlicht die Bereitschaft, sich aktiv für das friedliche Zusammenleben einzusetzen. Dies ist ein Pfund, mit dem wir demokratisch in diesem Land Rheinland-Pfalz wuchern können und wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Modernisierung, Sicherheit und Einbettung in europaweite Zusammenhänge werden in kaum einem Politikbereich klarer erkennbar als in der Umweltpolitik. Für die Landesregierung gilt seit langem: Die Bedeutung der natürlichen Lebensgrundlagen und des Naturschutzes sowie der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes erstreckt sich gleichermaßen auf die heutige wie auf kommende Generationen. Diese Bedeutung ist auch immer im Lichte internationaler Verantwortung und Solidarität zu betrachten.

Entsprechend hat Rheinland-Pfalz im umweltpolitischen Bereich seit vielen Jahren und auf vielen Feldern eine beispielhafte Rolle gespielt. Diese fortschrittliche Umweltpolitik, die zugleich auf breite Anerkennung in der Bevölkerung und in der Wirtschaft gestoßen ist, werden wir fortsetzen.

Wir stehen zu der Verpflichtung, die Agenda 21 und das damit verbundene Aktionsprogramm für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung in enger Zusammenarbeit mit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und unseren Kommunen umzusetzen.

Naturschutz ist Teil unserer Kultur. Er ist Ausdruck der Verantwortung für uns und unsere Kinder. Die regionale Identität wird in weiten Teilen unseres Landes geprägt von der traditionellen Kulturlandschaft, ihrer Schönheit und ihrer Eigenart. Gemeinsam mit Kommunen, Schulen, Kindergärten und Verbänden wollen wir die natürlichen Lebensgrundlagen sichern und weiterentwickeln.

Hierzu trägt die Einrichtung von weiteren naturnahen Erlebnisräumen, wie zum Beispiel das Bienwald-Projekt, der Ausbau der Naturparke und des Biosphärenreservats Pfälzerwald als Modellregionen für nachhaltige ländliche Entwicklung bei.

Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge, die in kommunaler Verantwortung bleiben soll.

(Beifall der SPD und der FDP)

Der Hochwasserschutz bleibt ein Schwerpunkt der Politik der Landesregierung. Die bisherigen Konzepte „Versickern, Renaturieren, Rückhalten“ waren erfolgreich und werden fortgesetzt. Die bereits begonnenen Hochwasserschutzmaßnahmen an den rheinland-pfälzischen Flüssen werden konsequent umgesetzt.

Unsere 1994 gestartete „Aktion Blau“ sowie die Programme zur Gewässer- und Auenentwicklung haben sich bewährt und werden fortgeführt. Diese Anstrengungen haben zur Folge, dass unsere Flüsse und Bäche wieder sauber und voller Leben sind.

Wir setzen unsere erfolgreich begonnene Abfallpolitik fort und bekräftigen unsere Ablehnung des Zwangspfandes und regen die Überprüfung des Dualen Systems in diesem Zusammenhang an.

(Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist etwas für einen Koalitionsvertrag in den nächsten fünf Jahren!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zuge der europaweiten Diskussion um die Risiken von BSE und Maul- und Klauenseuche ist der Öffentlichkeit in den letzten Monaten schmerzlich bewusst geworden, dass ohne einen wirksamen Verbraucherschutz ernsthafte Gefährdungen der Lebensqualität zu befürchten sind.

Die Landesregierung wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Qualität, die gesundheitliche Unbedenklichkeit und auch die Umweltverträglichkeit bei

der Lebensmittelherstellung stärken, indem sie sich an dem Grundsatz der „gläsernen“ Produktion vom Erzeuger bis zur Ladentheke orientiert.

Wir treten für einen vorsorgenden Verbraucherschutz ein, in dem umfassende Information und Beratung zum mündigen Verbraucher führen. Wir werden dabei die Arbeit der Verbraucherschutzzentrale stärken. Ihr landesweites Beratungsnetz gewährleistet umfangreiche Hilfen in den wichtigsten Konsumbereichen. Ein ehrenamtlich tätiger Verbraucherschutzbeauftragter wird sie als Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger ergänzen.

Verehrte Damen und Herren, der Tierschutz hat für die Landesregierung einen besonderen Stellenwert. Er wurde deshalb in der Landesverfassung verankert. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, ihn als Staatsziel im Grundgesetz und in den entsprechenden Regelungen der Europäischen Union zu verankern.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen, wo vorhanden, weg von der Massentierhaltung und setzen verstärkt auf eine art- und tierschutzgerechte Nutztierhaltung. Verantwortliche Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung bedingen einander und sind Voraussetzung für höchste Qualität landwirtschaftlich erzeugter Lebensmittel. Glücklicherweise arbeiten die meisten Betriebe in unserem Land auch entsprechend.

Überdies streben wir an, den Transport von Schlachtvieh deutlich einzuschränken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Landwirtschaft und Weinbau sind nach wie vor von herausragender Bedeutung für unser Land Rheinland-Pfalz. Sie erzeugen Nahrungsmittel von hoher Qualität, pflegen und erhalten unsere Kulturlandschaft und machen unsere ländlichen Räume attraktiv und lebenswert.

Sie sichern die natürlichen Lebensgrundlagen und erbringen zugleich wichtige Vorleistungen insbesondere für den Tourismus, der für Rheinland-Pfalz immer wichtiger wird.

Förderschwerpunkte der Landwirtschaftspolitik bleiben die einzelbetriebliche Förderung, die Junglandwirteförderung, die Bodenordnung und die systematische Verbesserung der Marktstrukturen. In besonderer Weise wollen wir die Vermarktung im Obst- und Gemüsebau weiterentwickeln und eine umweltschonende Landwirtschaft fördern. Gerade in diesem intensiv bewirtschafteten Bereich ist dies von besonderer Bedeutung. Dies wird auch der ländlichen Entwicklung insgesamt zugute kommen. Davon sind wir überzeugt.

Verehrte Damen und Herren, dem Weinbau kommt in Rheinland-Pfalz als dem größten weinbautreibenden Land eine herausragende Bedeutung zu. In unserem Land werden von mehr als 16.000 Betrieben rund 70 % des deutschen Weins erzeugt, der sich sowohl in der Spitze als auch in der qualitativ guten Breite hervorragend entwickelt hat. Diese positive Entwicklung wollen wir auch in den kommenden Jahren fördern.

Wir wollen Weinbaubetrieben helfen, möglichst gute unternehmerische Gestaltungs- und Absatzmöglichkeiten zu sichern und, wo nötig, zu eröffnen. Neben der Selbstvermarktung wollen wir Anreize schaffen, sich in Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften zu organisieren, um bessere Chancen am Markt zu erreichen.

Ein weiteres Ziel ist der Umbau der qualitätsorientierten Mengenregulierung mit dem Ziel der Anpassung der Erzeugung an die Absatzmöglichkeiten.

(Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist eine schöne Umschreibung!)

Fördermittel des Landes für Destillationsmaßnahmen sind künftig auszuschließen.

In Oppenheim wollen wir ein „Zentrum für Imagewerbung und Marketing für rheinland-pfälzischen Wein“ einrichten, um unsere Qualitätsbemühungen erfolgreich am Markt wirken zu lassen.

Meine Damen und Herren, nutzen wir unsere erfolgreichen Weine als Werbung für unser Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Politik der zugleich zielstrebigem wie behutsamen Modernisierung, wie wir sie in den kommenden Jahren in dieser kommenden Legislaturperiode fortsetzen und systematisch ausweiten wollen, setzt auch ein neues Verständnis vom Staat und seinen Aufgaben voraus. Eine moderne, aktive und stets lernbereite Gesellschaft braucht einen aktivierenden, sich selbst modernisierenden, leistungsfähigen Staat.

Nach wie vor gilt die Regel, dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die beste Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staat ist. Sparen ist - auch im Blick auf unsere Kinder und Enkelkinder - die Grundlage verantwortungsbewusster Politik.

Rheinland-Pfalz hat als eines der ersten Länder eine Selbstbindung zum Ausstieg aus der Neuverschuldung beschlossen. Bislang lag die Zielmarke für einen Haushalt ohne neue Schulden beim Jahr 2008. Dank unserer erfolgreichen Sparbemühungen liegen wir ausweislich des Jahresabschlusses 2000 jedoch deutlich vor dieser Zeitplanung. Deshalb wollen wir den ausgeglichenen Haushalt möglichst schon 2006 - das heißt, zwei Jahre früher als bisher geplant - realisieren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Dabei sind wir uns bewusst, dass sich die Rahmenbedingungen seit dem vergangenen Jahr erkennbar verschlechtert haben. Die von den USA und Südostasien ausgehende konjunkturelle Eintrübung hinterlässt tiefe Spuren bei den Steuereinnahmen. Selbstverständlich werden sich auch die Entlastungen sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch der Wirtschaft durch die Steuerreform, das Altersvermögensgesetz und die ge-

plante Erhöhung des Kindergelds auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte auswirken.

Zwar entsprechen die Ergebnisse der Steuerschätzung aus der vergangenen Woche unseren Erwartungen, aber gegenüber den Schätzwerten des Vorjahres werden spürbare Mindereinnahmen prognostiziert.

Es gilt deshalb das Prinzip äußerster Sparsamkeit bei gleichzeitiger Stetigkeit und Berechenbarkeit. Durch Anwendung des zur Verfügung stehenden haushaltsrechtlichen Instrumentariums werden wir auch schon im laufenden Jahr die Ausgaben noch restriktiver bewirtschaften als bereits im Haushaltsplan vorgesehen.

Auch im kommenden Doppelhaushalt für die Jahre 2002 und 2003 und in den Folgejahren wird der eingeschlagene Sparkurs unvermindert fortgesetzt. Der Ausgabenzuwachs muss auch weiterhin unterhalb der Vorgabe des Finanzplanungsrats liegen.

Meine Damen und Herren, das ist ein ehrgeiziges Ziel, für das ich Ihre Unterstützung erbitte; denn Sie sind der Souverän in diesen Fragen.

Zusätzliche Leistungen werden deshalb nur durch Einsparungen an anderer Stelle zu finanzieren sein.

Das Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2006 lässt sich natürlich nur dann erreichen, wenn sich die Einnahmenseite in den nächsten Jahren zumindest so entwickelt, wie mit der Steuerschätzung nun prognostiziert.

Ein gewisses Risiko liegt dabei auch noch in der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts spätestens im Jahr 2005 in Kraft treten muss. Dabei sind auf der einen Seite Systemverbesserungen unabweisbar, auf der anderen Seite ist eine Verschlechterung der Finanzausstattung gerade der finanzschwächeren Länder unakzeptabel.

Es sieht so aus, dass unsere Formel „keine Gewinner, keine Verlierer“ nunmehr vom Bund und von allen Ländern akzeptiert wird. Damit sind die notwendigen Voraussetzungen für eine deutliche Systemvereinfachung, mehr Transparenz und stärkere Anreizorientierung im Finanzausgleich gegeben.

Rheinland-Pfalz wird sich, wie schon in der Vergangenheit, sehr aktiv an der notwendigen Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs beteiligen.

Verehrte Damen und Herren, Zusammenarbeit und Partnerschaft: Unter diesem Leitgedanken hat sich seit vielen Jahren das Verhältnis zu den Kommunen positiv entwickelt. – Die Landesregierung bekräftigt diese Partnerschaft heute erneut ausdrücklich. Wir werden deshalb den Verbundsatz im kommunalen Finanzausgleich

in der kommenden Legislaturperiode unverändert lassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es geht uns dabei darum, dass die Kommunen, was ihre Beziehungen zum Land anbetrifft, eine solide und tragfähige Planungsgrundlage haben.

Vor allem in den überschaubaren Lebensbereichen der Städte und Dörfer können und wollen sich die Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen für das Gemeinwesen beteiligen. Sie wollen mitreden und mitentscheiden können, wenn es um ihre ureigenen und alltäglichen Belange geht.

Diese Entwicklung hin zu einer mündigen Bürgergesellschaft ist mir auch ganz persönlich ein wichtiges Anliegen. Seit über zwei Jahren habe ich auf allen Ebenen - von der Gemeinde bis zum Bundesrat - und bei allen Gelegenheiten zu verstärktem bürgerschaftlichen Engagement aufgerufen. So wird in diesem Jahr auch der „Tag der deutschen Einheit“, der in Mainz stattfindet, unter dem Leitmotiv freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements im vereinten Deutschland und Europa stehen. Deshalb ist es nur konsequent, wenn die Landesregierung die Beteiligung der Bevölkerung an kommunalpolitischen Entscheidungen stärken wird.

Wir streben an, die Möglichkeit der freiwilligen Einrichtung von Senioren-, Jugend- und Behindertenbeiräten in der Kommunalverfassung zu verankern. Wir wollen weiterhin auch in Form einer Experimentierklausel die Möglichkeit einer Projektmitarbeit etwa bei der Stadtteilsanierung schaffen, die dann auch von den Beteiligten Mitverantwortung einfordert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das freiwillige bürgerschaftliche Engagement kommt vor allem im Sport und in der Kultur vielen jungen Menschen zugute.

(Ein Handy klingelt)

– Das ist gelebte Kultur in unserer Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Abg. Jullien, CDU: In der SPD Fraktion!)

– Ich habe es auch schon aus allen möglichen Ecken erlebt und warte immer darauf, dass ich eine neue Melodie höre. Dann bin ich bereit, auch dafür etwas auszugeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung wird deshalb, weil es ihr um dieses freiwillige bürgerschaftliche Engagement geht, ihre flankierenden Aktivitäten vor allem im Sportstättenbau intensivieren.

Zusätzlich hierzu unterstützt das Land den Ausbau des Fritz-Walter-Stadions in Kaiserslautern für die Fußballweltmeisterschaft 2006. Dies bringt infrastrukturelle, touristische und sportpolitische Vorteile nicht nur für die Stadt, nicht nur für die westpfälzische Region, sondern für unser ganzes Land.

Darüber hinaus werden wir über fünf Jahre zusätzliche Mittel zum Bau und zur Modernisierung von Sportstätten in gleicher Größenordnung aufbringen und damit den Sport insgesamt maßgeblich fördern.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in Zeiten des Umbruchs gilt es, traditionelle Aufgaben des Staates solide und effizient für die Bürger zu erledigen. Die Gewährleistung von Recht und Ordnung durch Polizei und Justiz ist eine dieser bleibenden Kernaufgaben auch des modernen Staates.

Die Menschen haben das Recht, vor Kriminalität geschützt zu werden. Rheinland-Pfalz hat auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit eine hervorragende Bilanz vorzuweisen. Diese erfolgreiche Politik werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen, und zwar vor allem durch die Stärkung der Polizei und die Intensivierung der Kriminalprävention.

Die Polizei muss sichtbar und für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit erreichbar sein. Vor diesem Hintergrund werden wir den guten Personalstand unserer Polizei langfristig sicherstellen. Zu diesem Zweck werden wir 225 Neueinstellungen im Jahr 2001, 130 im Jahr 2002 und in den Jahren 2003 bis 2007 jeweils 300 Neueinstellungen vornehmen. Dies wird durch jährlich zusätzlich 25 Angestelltenstellen ergänzt.

Parallel dazu wollen wir die erfolgreiche Arbeit der Kriminalpräventionsräte fortsetzen. Sie ist ein beispielhaftes Vorbild für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft. Wir wollen deshalb die Kriminalpräventionsräte flächendeckend einführen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik der Inneren Sicherheit wäre unvollständig, wäre sie nicht durch eine funktionierende Justiz ergänzt, die das Rechtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger stärkt, einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben leistet und die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger sichert.

Die Landesregierung ist sich dieser zentralen Stellung der Justiz bewusst. Sie wird deshalb ihre Rechtspolitik im Sinne dieser Grundsätze ausbauen. So werden wir für eine noch bessere und modernere Ausstattung der Gerichte im Bereich der elektronischen Verwaltungs- und Kommunikationsstrukturen sorgen. Wir werden einen Richterwahlausschuss einsetzen, der gemeinsam mit dem Justizminister über die Anstellung, Beförderung und die Entlassung von Richtern berät und entscheidet.

Im Bereich des Justizvollzugs werden wir eine Personalverstärkung herbeiführen und auch die Sicherheitseinrichtungen insgesamt optimieren. Die Justizvollzugsanstalten werden in das wirtschaftliche Eigentum der LBB überführt, um sie wirtschaftlich effizienter betreiben zu können.

Im Bemühen um gesellschaftlichen Ausgleich werden wir uns gleichermaßen um Täter und insbesondere auch

um Opfer kümmern. Maßnahmen zur Wiedereingliederung Straffälliger in die Gesellschaft werden intensiviert, insbesondere in dem wichtigen Bereich der Bewährungshilfe und der Gerichtshilfe.

Die Hilfen für Opfer von Straftaten werden wir durch den weiteren Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs sowie die Einrichtung einer „Landesstiftung Opferschutz“ im Ministerium der Justiz verbessern.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ziel dieser Stiftung wird sein, sich um die individuelle Unterstützung der Opfer von Gewalttaten zu kümmern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Modernisierung der Verwaltung bleibt eine fortwährende und wichtige Aufgabe der Landespolitik.

Hier ist uns in der zurückliegenden Legislaturperiode mit der Umwandlung der Bezirksregierungen in moderne und leistungsfähige Dienstleistungsverwaltungen ein großer Erfolg gelungen, dessen positive Folgen wir in den nächsten Jahren erst in vollem Umfang spüren werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Unser Ziel ist und bleibt eine moderne, kostengünstige und doch effizient arbeitende, motivierte und bürgerfreundliche Verwaltung. Vor diesem übergeordneten Ziel werden wir eine Reihe von bereits eingeleiteten Initiativen systematisch weiterentwickeln, aber auch zusätzlich einige neue Anstöße geben.

Fortführen werden wir die Aufgabenkritik bei der Verwaltungsreform, das Projektmanagement zum Zwecke der Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Gesetzesfolgenabschätzung, den Ausbau moderner Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die flächendeckende Budgetierung der Personal- und Sachkosten in allen Ressorts der Landesregierung und die wirtschaftliche und rechtliche Verselbstständigung einer Vielzahl von betriebswirtschaftlich steuerbaren Bereichen der Landesverwaltung. All dies wird weiterhin zum Teil ganz erheblich die Kosten senken, die Verfahren vereinfachen und beschleunigen sowie die Bürgerfreundlichkeit steigern.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Neu einrichten wollen wir eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger bei der Landesregierung, die schnell, direkt und unbürokratisch Auskünfte erteilt und den Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung ermöglicht. Dieses Bürgerbüro wird bei der Staatskanzlei angesiedelt werden. Auch mit diesem Bürgerbüro soll zum Ausdruck kommen, dass modernes Regieren nicht von oben herab im Geiste der bürokratisch-abstrakten Regelungen, sondern nur im Dialog und unter der aktiven Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sinnvollerweise möglich ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in unsere Anstrengungen, die Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und staatlicher Sphäre in Rheinland-Pfalz auf die Her-

ausforderungen in diesen Zeiten des Umbruchs einzustellen, müssen wir allzeit die europäischen, grenzüberschreitenden und internationalen Dimensionen einordnen.

Gerade Rheinland-Pfalz hat sich **aufgrund** seiner geografischen Lage, seiner historischen Erfahrungen und seiner sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten immer für die europäische Einigung stark gemacht. Ich darf daran erinnern, dass unsere Partnerschaft mit Burgund die älteste deutsch-französische Partnerschaft ist. In Sachen Europa waren wir immer Vorreiter und werden und wollen dies auch bleiben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir leben in einer europäischen Kernregion. Für uns ist selbstverständlich: Immer mehr Fragen und Probleme können nur in enger Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und Freunden gelöst werden. – Ich füge hinzu: Wir sehen in dieser enger werdenden Zusammenarbeit einen großen Fortschritt hin zu einer umfassenden europäischen Wertegemeinschaft.

Wir machen es zu unserer Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz – vor allem den jüngeren – das lebendige Bewusstsein zu vermitteln, in einem freien und gerechten Europa zu leben. Wir streben ein Europa der Bürger an, das die Grenzen zwischen den Nationalstaaten im Alltag der Menschen aufhebt und zugleich die regionalen Traditionen und Zugehörigkeiten in einer sich erweiternden Europäischen Union wahr und pflegt.

In diesem Geist wollen wir die Grenzregionen Saar – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie und Oberrhein zu europäischen Modellregionen fortentwickeln. Zugleich wird das Land die Zusammenarbeit auf der Ebene der Exekutiven weiter ausbauen. Dabei soll – so unsere Vorstellungen zur Anregung gegenüber unseren Partnern – ein „Interregionales Kabinett“ für die Großregion ins Leben gerufen werden, um ein klares Zeichen für den praktischen Willen zu guter und gedeihlicher Nachbarschaft zu setzen.

Von besonderer Bedeutung für Rheinland-Pfalz ist die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn Frankreich, insbesondere in kulturellen Fragen, in Medienangelegenheiten, beim Technologietransfer und im Hochschulbereich. Deshalb wollen wir prüfen, ob es nicht hilfreich ist, eine Beauftragte oder einen Beauftragten des Landes in Paris zu bestellen.

Selbstverständlich werden wir über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die enge Verbindung mit Frankreich hinaus auch alle anderen Partnerschaften des Landes pflegen und ausbauen. Ich nenne als bewährte und lang vertraute Partner die Woiwodschaft Opeln, aber auch South Carolina und Fujian in China, durch die wir immer wieder interessante Impulse erfahren und an die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit erinnert werden.

Nicht zuletzt werden wir die Entwicklungszusammenarbeit mit unserem afrikanischen Partnerland Ruanda fortsetzen und ausbauen und dabei helfen, nach den furchtbaren Jahren des Genozids tragfähige demokratische und soziale Strukturen aufzubauen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Die zahlreichen Herausforderungen dieses neuen Jahrhunderts zu bewältigen, wird von uns allen Mut, Beharrlichkeit, **Fantasie** und Offenheit verlangen.

Wir werden auf dem Weg in diese neue Zeit dann gut vorankommen, wenn wir uns bei allen wichtigen Fragen auf den Dreiklang aus Modernisierung, Sicherheit und europäischer Ordnung beziehen. Diese Wertorientierung soll Grundlage für die Politik der Landesregierung in den nächsten Jahren sein. Damit verfügen wir über einen verlässlichen politischen Kompass, an dem wir uns in den vorliegenden Beratungen und Auseinandersetzungen in diesem hohen Hause orientieren wollen.

Ich möchte alle Fraktionen im Landtag, aber auch die Gruppen der Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land einladen, an der Arbeit für Rheinland-Pfalz tatkräftig mitzuwirken.

Die Landesregierung will für alle ein verlässlicher Partner sein. Wir werden alles daransetzen, die Zukunft unseres schönen Landes auf einem breiten Fundament an innerer Geschlossenheit und wechselseitigem Respekt zu gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns alle gemeinsam Verantwortung übernehmen, und zwar für unsere Heimat und unsere Zukunft.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltend starker Beifall
der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Aussprache über die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten findet morgen statt. Ich lade Sie für morgen zur 3. Plenarsitzung um 9:30 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 10:55 Uhr.